

Leitlinien:
Spes in iustitiam

“Die gerechte Ordnung der Gesellschaft und des Staates ist zentraler Auftrag der Politik. Ein Staat, der nicht durch Gerechtigkeit definiert wäre, wäre mir eine große Räuberbande, wie Augustinus einmal sagte:

> Remota itaque iustitia quid sunt regna nisi magna latrocinia<
Gerechtigkeit ist Ziel und daher auch inneres Maß aller Politik. Die Politik ist mehr als Technik der Gestaltung öffentlicher Ordnungen. Ihr Ursprung und Ziel ist eben die Gerechtigkeit, und die ist ethischer Natur.-

So steht der Staat praktisch unabweisbar immer vor der Frage:

Wie ist Gerechtigkeit hier und jetzt zu verwirklichen?”

(Benedikt XVI, Enzyklika Spes in pacem)

Zur Herstellung von Gerechtigkeit in einem Staat braucht es von allen anerkannte Regeln, die in Gesetzen und einer Verfassung niedergelegt werden.

“Obwohl es oft wünschenswert ist, in die formellen Dokumente, die die Organisation des Staates >konstituieren< , einige Prinzipien substantieller Gerechtigkeit einzuschließen, um ihnen besonderen Schutz zu verleihen, ist es gleichwohl wahr, dass eine Verfassung im Wesentlichen einen Überbau darstellt, der errichtet wird, um der Durchsetzung bestehender Vorstellungen von Gerechtigkeit zu dienen,.....

Das Ziel von Verfassungen ist gewesen, alles willkürliche Handeln zu verhindern.”

(F. A. von Hajek : Recht, Gesetzgebung und Freiheit)

Aus der Beschränkung der Willkür ergibt sich die allgemeine Beschränkung der Macht. Der erste Schritt zur Beschränkung der Macht ist die Teilung der Macht, die Teilung der Gewalten als Ergebnis der Aufklärung und als Wetterleuchten der modernen Demokratie.

“Die gesetzgebende Gewalt kann nur dem vereinigten Willen des Volkes zukommen. Denn, da von ihr alles Recht ausgehen soll, so muss sie durch ihr Gesetz schlechterdings niemand unrecht tun können. Nun ist es, wenn jemand etwas gegen einen anderen verfügt, immer möglich, dass er ihm dadurch unrecht tue, nie aber in dem, das er über sich selbst beschließt.

Also kann nur der übereinstimmende und vereinigte Wille aller, so fern ein jeder ein jeder über alle und alle über einen jeden ebendasselbe beschließen, mithin nur der allgemein vereinigte Volkswille gesetzgebend sein.”

(Kant, Metaphysik der Sitten)

Die Gesetze beschränken die Alternativen des äußeren Handelns und ermöglichen dadurch das gemeinsame Leben in allgemeiner Freiheit, die Existenz des Menschen in Würde.”

(W. Maihofer: Die Legitimation des Staates aus der Funktion des Rechts)

Staat muss sein, aber so wenig wie möglich.

Unser Grundgesetz ist ein Glücksfall der Geschichte, auf den Trümmern der Menschheitstragödie des zweiten Weltkriegs entstanden, dessen Ursache der Ungeist des Totalitären war. Weil im Totalitären der Staat alles ist und der einzelne Mensch nichts gilt, sollte der nachfolgende Satz einst den Anfang unseres Grundgesetzes bilden:

Der Staat ist um der Menschen willen da , nicht der Mensch um des Staates willen.

Dieser Satz ist das oberste Prinzip der Bürgerinitiative Zukunft

“Die Grundlage der Demokratie ist die Volkssouveränität und nicht die Herrschaftsgewalt eines obrigkeitlichen Staates.

Nicht der Bürger steht im Gehorsamsverhältnis der Regierung, sondern die Regierung ist dem Bürger im Rahmen der Gesetze verantwortlich für ihr Handeln. Der Bürger hat das Recht und die Pflicht, die Regierung zur Ordnung zu rufen, wenn er glaubt, dass sie demokratische Rechte missachtet.”

(Gustav Heinemann)

Dieser Satz findet seine Fortsetzung in dem nachträglich im Grundgesetz festgeschriebenen Recht auf Widerstand. Ziviler Ungehorsam und Widerstand ist geboten gegen die Tendenz der Herrschenden zum Missbrauch der Macht, im Kampf gegen die Parteiendiktatur, gegen Filz und Klüngel!!

In der Demokratie besteht sogar die Pflicht zum Widerstand, zum Streik, zur Opposition ,zur Demonstration, zur Beschwerde , zur Subversion.....

Wenn Politiker der allein herrschenden Parteien nicht mehr vom Volk gewählt werden, sondern von der Partei auf sicheren Listenplätzen postiert oder in sicheren Wahlkreisen eingesetzt werden, ist die Demokratie nur noch eine scheinbare.

Die Bürgerinitiative Zukunft (B I Z) ist für ein Wahlsystem in dem der Bürger mit seiner Zweitstimme Einfluss auf die personelle Zusammensetzung der Parteilisten nehmen kann.

“Der größte Teil der Abgeordneten kann vom Wähler gar nicht abgewählt werden. Die Abgeordneten stehen auf sicheren Listenplätzen oder kandidieren in sicheren Wahlkreisen und behalten ihr Mandat selbst dann, wenn ihre Partei massiv Wählerstimmen einbüßen sollte.”

*(Herbert von Arnim, Das System oder Der schöne Schein der Demokratie
Für Mitglieder und Sympathisanten der BIZ unverzichtbar zu lesen)*

Obwohl zwei Drittel der Bevölkerung die Erweiterung direkt demokratischer Elemente begrüßen würde, obwohl es das häufeln und panaschieren in anderen Bundesländern längst gibt, scheiterte erst kürzlich ein Volksbegehren in NRW mit dem Anliegen den Wählern Einfluss auf die Listen der Parteien zu nehmen, an dem Willen der Parteivertreter. Die politische Kaste möchte ihre Personalfragen ohne den Wähler entscheiden und bleibt bei dem System von oben nach unten zu regieren, statt umgekehrt.

Demokratie aber ist von unten nach oben!

Der Friede ist die erste Pflicht des Staates sagte Friedrich der Große. Auch eine kleine Kommune steht unter der Friedenspflicht, insbesondere wenn sie als Pate eines Panzerbatallions auftritt welches in Afghanistan im Krieg steht. Krieg ist nicht nur Sache der Bundesregierung und der Außenpolitik sondern eine Sache des ganzen Volkes. Dazu nur ein Satz:

Die Bürgerinitiative Zukunft (B.I.Z.) ist gegen die Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Der Krieg darf niemals die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sein. Dieser tödliche Unsinn muss endlich Geschichte sein, es ist umgekehrt: Der Krieg der Argumente ist die Voraussetzung des Friedens in einer Demokratie. Gewalt gegen Personen muss immer verboten sein, das macht eben Demokratie aus : unblutig eine andere Regierung zu wählen.
“Der Unterschied zwischen einer Despotie und einer Demokratie besteht darin, dass man in einer Demokratie seine Regierung ohne Blutvergießen loswerden kann, in einer Despotie aber nicht.”
(Karl Popper. Auf der Suche nach einer besseren Welt)

“Der wahre Wert der Demokratie besteht darin, als eine heilsame Vorsichtsmaßnahme zu dienen, die uns gegen einen Missbrauch der Macht schützt. Sie befähigt uns, einer Regierung ledig zu werden und zu versuchen, sie durcheine bessere zu ersetzen. Oder um es anders auszudrücken, sie ist die einzige Konvention, die wir bisher entdeckt haben, um einen friedlichen Wandel möglich zu machen.”
(F . A. von Hajek , Die Verfassung einer Gesellschaft freier Menschen)

“Das Volk ist staatlich verfasst, in Deutschland durch das Grundgesetz. Das Volk sind die Bürger; die Bürger sind Herren ihrer selbst.”
(Karl Albrecht Schachtschneider: Res publica, res populi)

Das Grundgesetz ist die ethische Basis der politischen Arbeit aller BIZ Mitglieder. Die Mitglieder der BIZ verstehen sich als Verfassungspatrioten! Die Ethik der christlichen Kultur, die Geschichte der Demokratie und die Verpflichtung zur sozialen Gerechtigkeit ergeben sich aus den drei Kernsätzen des Grundgesetzes:

Die Menschenwürde ist unantastbar.(Art.1,1 GG)

Alle Gewalt geht vom Volke aus (Art.20,2GG)

Eigentum verpflichtet (Art.14,2GG)

Im Islam und Judentum sind die Gesetze eng mit den Verhaltensregeln der Religion im Koran und in der Thora verbunden, aber auch unser Grundgesetz , dass Kirche und Staat trennt, wird von christlichen Werten getragen.

Du sollst nicht töten > Abschaffung der Todesstrafe (Art.102)

Du sollst deinen Vater und deine Mutter ehren> Schutz der Familie (Art.6)

Der Gottesbezug war für die Väter unseres Grundgesetzes selbstverständlich und gehört unbedingt auch in die europäische Verfassung die wir auch aus anderen Gründen ablehnen: Allein die Installierung einer europäischen Verfassung ohne das Volk zu fragen ist eine Unverschämtheit und gebietet es dagegen zu sein.

Die Bürgerinitiative Zukunft ist keine christliche Partei, die das Christentum nur im Namen trägt sondern eine der christlichen Tradition und Kultur verpflichtete Bewegung, die weiß, das nichts ist ohne Gott und das im Abendland wenig wäre ohne Vater, Sohn und heiligen Geist.

Ein weiterer Baustein des Staates ist die Sehnsucht der Menschen nach Freiheit.

"Der Zweck des Staates ist in Wahrheit die Freiheit." Diesen Gedanken hat der große niederländische Philosoph Baruch de Spinoza vor über 300 Jahren in seinem "Theologisch-Politischen Traktat"¹

"Für mich ist Freiheit ein ganz wichtiges Teilelement der Gerechtigkeit. Die eigenen Lebensverhältnisse selbst in Freiheit zu gestalten ist eine Gerechtigkeit für mich selbst, das recht, mein Glück selbst zu definieren und anzustreben. Das ist die Grundlage jeder Staatsverfassung: Ordnet der Staat an, oder darf der Bürger selbst entscheiden. Deswegen wird eine Gerechtigkeitsordnung nur gelingen, wenn sie auf Freiheit aufbaut, wird eine Wirtschaft nur prosperieren, wenn sie sich auf den Konsens der Beteiligten stützt." (Paul Kirchhof)

Denn die Freiheit des Menschen soll sowohl die Grundlage seiner persönlichen Entfaltung als auch seiner zwischenmenschlichen und sozialen Beziehungen sein. Aus diesem Grund werden die Grundrechte auch

nicht nur als Abwehrrechte gegen den Staat, sondern darüber hinaus auch ganz allgemein

als objektiv-rechtliche Verbürgungen einer Werteordnung für alle Bereiche des menschlichen und gesellschaftlichen Lebens interpretiert.

Nun ist es aber eine Binsenweisheit, dass Freiheitsrechte nicht grenzenlos bestehen

können und dass sie insbesondere mit kollidierenden und gleichrangigen Freiheitsrechten

anderer zu einem Ausgleich gebracht werden müssen. Das Menschenbild des Grundgesetzes ist deshalb nicht das eines isolierten, souveränen Individuums;

vielmehr hat die Verfassung die Spannung Individuum - Gemeinschaft im Sinne der

Gemeinschaftsbezogenheit und Gemeinschaftsgebundenheit des Individuums entschieden,

ohne dass dabei allerdings dessen Eigenwert angetastet werden dürfte.

Was

heute - meines Erachtens aus gutem Grund - beklagt wird, ist denn auch das Übermaß

an Gesetzen und Bürokratie. So sehen sich etwa Unternehmen durch überzogene

rechtliche Anforderungen daran gehindert, notwendige Anpassungen an die veränderte wirtschaftliche Situation zu vollziehen - dabei dürften die weniger großen

Unternehmen mit diesen bürokratischen Anforderungen schwerer zurecht kommen

als mächtigere Großunternehmen. Überregulierungen werden auch für Probleme auf

dem Arbeitsmarkt verantwortlich gemacht. Aber auch im Kleinen - sei es bei der Abgabe

der Steuererklärung, bei der Einstellung einer Haushaltshilfe oder bei dem

Versuch,
sich mit einer selbständigen Tätigkeit eine Existenz oder einen Zuverdienst zu verschaffen - fühlen sich viele durch Normendickicht und Bürokratie überfordert und gegängelt.

Freies Mandat

Der Abgeordnete ist ein Abgesandter des Volkes. Er repräsentiert den Willen des Volkes und ist direkt vom Volk legitimiert. Daraus ergibt sich die dominante Rechtsstellung des freien Mandats. Die Postulierung des freien Mandats ist ein Fundamentalsatz des liberalen repräsentativen Parlamentarismus. (Art. 38 Abs.1, Satz 2 GG)

Nach dem Vorbild der französischen Verfassung von 1791 findet sich die Maxime des freien Mandats in der Reichsverfassung von 1849, der preußischen Verfassung von 1850, der Reichsverfassung von 1871 und der Weimarer Verfassung von 1919.

Das freie Mandat erwächst aus dem Demokratieprinzip.

Der freie Mandatsträger verkörpert den Willen des Volkes, er ist allein seinem Gewissen oder Gott verpflichtet, seine Maßstäbe sind die Sittlichkeit und die Vernunft. Deshalb ist seine Stellung von der Verfassung geschützt und er ist "unkündbar".

Die Privilegierung der Fraktionen ist ein Bestandteil des Parteienstaates, den viele Staatsrechtler als Parteiendiktatur (Arnim) oder Parteiendespotie (Schachtschneider) kritisieren.

In der Tat finden wir in den Parteien hierarchische Strukturen, die dem Prinzipien der Demokratie entgegen stehen.

Die Ausgrenzung der Fraktionslosen ist ein diskriminierender Akt, der den Gleichheitsgrundsatz verletzt und das freie Mandat pervertiert.

Es betont die Parteienherrschaft

Nur die Fraktion, also die Partei zählt. Zwar können sich theoretisch alle Mitglieder auch unterschiedlicher Parteien oder Gruppen zu Fraktionen zusammenschließen, nur in der Praxis geschieht es so gut wie nie. So kommt es das die Meinungsbildung nie ein offener Prozess ist mit offenem Ende sondern ein Ritual der üblichen Blöcke, mit den üblichen Meinungen.

Der Fraktionszwang ist rechtlich nicht bindend fesselt die Fraktionsangehörigen und macht sie am Ende zu willigen Vollstreckern der Partei und deren Meinungsführern. Täglich wird in unseren Parlamenten das Gebot des Gewissens, des freien Mandats, der Vernunft und der Sittlichkeit verletzt. Richard von Weizsäcker warf den Parteien Machtbesessenheit vor und beklagte, dass sie sich den Staat zur Beute machten.

Hildegard Hamm- Brücher kämpfte zusammen mit Rainer Barzel, Kurt Biedenkopf u.a. jahrelang für eine Parlamentsreform, um das Ansehen und die Glaubwürdigkeit unserer Parlamentarischen Demokratie zu stärken und die fortschreitende Entfremdung zwischen Wählern und Gewählten zu verringern.

Um Bürgernähe zu fördern und damit Buchstaben und Geist der Artikel 20 und 38 des Grundgesetzes in der Verfassungswirklichkeit erfahrbar zu machen hat

sie wiederholt die jährliche Rechenschaftspflicht des Abgeordneten gegenüber seinem Wähler vorgeschlagen:

“Damit würde verdeutlicht, dass er der Abgeordnete, Vertreter des ganzen Volkes ist, von dem alle Staatsgewalt ausgeht, und der an Aufträge und Weisungen nicht gebunden, seinen Überzeugungen und seinem Gewissen folgt, dafür aber dem Volk in Gestalt der Wähler gewissenhaft Rechenschaft schuldet.”

(Hildegard Hamm-Brücher: Freiheit ist mehr als ein Wort)

Was für die Abgeordneten des Bundestages gilt für jedes andere Parlament entsprechend, über die Hälfte sind “Sitzmumien” die nie ihren Mund aufmachen und ihre Sitzungsgelder absitzen und bei Abstimmungen ihrem Fraktionsvorsitzenden blind ergeben folgen.

Die Bürgerinitiative Zukunft (B.I.Z.) verlangt die klare Bekenntnis zum freien Mandat und bietet diese Gewissensfreiheit uneingeschränkt ihren Mitgliedern an.

Die Bürgerinitiative Zukunft (B.I.Z.) verlangt eine Rechenschaftspflicht für Stadträte

Die Bürgerinitiative Zukunft (B.I.Z.) verlangt Qualifizierungsnachweise für Ausschuss- und Aufsichtsratsmitglieder.

Nur politische Posten erlangt man ohne Qualifizierungsnachweis. Parteien verteilen Posten nach langjähriger Parteizugehörigkeit, Freunde und Bekannte werden als sachkundige Bürger belohnt, die Qualität der Ausschüsse ist entsprechend.

Freiheit der Meinung

Die Freiheit der Meinung, der Mut zum eigenständigen Denken, Urteilen und Handeln ist ein wesentliches Grundrecht. In einem selbstbestimmten Gemeinwesen braucht es viel Mut, eigenständig zu denken, sich nicht an Stimmungen oder Mehrheiten anzupassen, aber auch Mut, eigene Fehlüberlegungen zuzugestehen, bessere Argumente anzuerkennen sowie die Fähigkeit, einen Weg zu suchen, der für möglichst alle begehbar ist. Es braucht viel Mut, sich verschiedene Meinungen anzuhören und die Argumente abzuwägen, ohne darauf zu schauen, welche Parole von welcher Gruppierung dahinter steckt oder welche herrschende Meinung dem entgegen steht.

Ohne den Willen von jedem einzelnen, sich eigenständig zu jeder Sachfrage eine Meinung bilden zu wollen, wird die Bildung des Volkswillens beeinträchtigt. Wagt man nicht mehr, ein Argument einer Seite durchzudenken und darüber zu reden, weil eine Abneigung gegen Personen oder Gruppen erzeugt wird, dann erleidet die Selbstbestimmung großen Schaden und die Verleumdung und Diffamierung bestimmen die Entscheidungen. So erstaunt es, wenn sogar Lehrer in den Schulen oder Studenten an Hochschulen darauf achten müssen, bestimmte Thesen nicht zu vertreten, bestimmte Zeitungen nicht zu lesen oder bestimmte Meinungen nicht zu äußern, bestimmte Tatsachen nicht in Frage zu stellen, weil es dem Zeitgeist, der „political correctness“ widerspricht und sie sonst abgelehnt werden. Für unsere selbstbestimmte Kultur brauchen wir den freien Austausch von Überlegungen und Meinungen aller Art.

Toleranz sollte nicht nur gegenüber Fremden gefordert werden, sondern im

ursprünglichen liberalen Sinn für jede Denkart. Wir müssen den Mut aufbringen, uns gegen Diffamierungen Andersdenkender zu wehren. Um eine freie Meinungsbildung zu fördern, müssen wir mit ganzem Mut auf allen Ebenen der offenen Sachdiskussion das Wort reden, egal, welche Meinung wir selbst vertreten und egal welche Meinung ein anderer vertritt.

Ein Diskurs muss geführt werden, hart aber fair und ohne jedes Tabu.

Durch den Rückzug des Westfalenblattes hat die Lippische Landeszeitung eine Monopolstellung. Dies führt zu einer einseitigen Berichterstattung und widerspricht den Richtlinien des deutschen Presserates.

Die Bürgerinitiative Zukunft wird alles tun ein zweites Print- Medium nach Lippe zu holen oder eine eigene Zeitung herauszugeben.

Erst kürzlich haben wir erlebt wie Gegner einer Klinik am Kurpark aus Gründen der Standortfrage und der Finanzierung als kinderfeindlich hingestellt Das größte Totschläger ist die Nazikeule. Jeglicher historischer Vergleich zwischen Hitler und Stalin oder Hitler und Churchill ist verboten. Wer Kritik an Israels Siedlungspolitik übt, wer sich Sorgen um den Vormarsch des Islam in Europa macht, wer Angst um den Verlust der eigenen Identität und Kultur hat, wer den Verlust christlicher Werte beklagt, wer Ausländerkriminalität fürchtet wird als Nazi diffamiert und sofort ausgegrenzt oder gar wegen Volksverhetzung angeklagt.

Zum offenen Diskurs gehört die Bereitschaft das Tabu zu brechen, jede Wahrheit in Frage zu stellen und jede Meinung zu vertreten.

Die Bürgerinitiative Zukunft (B.I.Z.) steht für absolute Meinungsfreiheit.

Die Bürgerinitiative Zukunft (B.I.Z.) steht für non konformes Denken, mutig und anders!

Die Bürgerinitiative Zukunft (B.I.Z.) steht für schwankende Mehrheiten, kein Fraktionszwang!

Die Bürgerinitiative Zukunft (B.I.Z.) steht für die permanente Revolution, verstanden als friedlicher Wandel.

Die *Bürgerinitiative Zukunft* (B.I.Z.) steht damit in absolutem Gegensatz zu den herrschenden neo-feudalistischen Parteistrukturen.

Die oberste Leitlinie,

Der Staat ist um der Menschen willen da , nicht der Mensch um des Staates willen,

muss besonders für unsere Verwaltung gelten. Die Verwaltung soll der Diener des Bürgers sein!! Die Praxis ist leider umgekehrt: sie gängelt den Bürger und sie überhäuft ihn mit Bürokratie.

Das Informationsfreiheitsgesetz ist in B.S. noch nicht angekommen. Bürger werden gezielt desinformiert, von Informationen ferngehalten oder die Informationen werden zu spät erteilt.

Die *Bürgerinitiative Zukunft* (B.I.Z.) setzt sich dafür ein, dass jedem Bürger alle kommunalen Informationen jederzeit zugänglich sind.

Die Verwaltung handelt wie die Obrigkeit, in den Diensten der jeweils herrschenden Partei oder des jeweils herrschenden Bürgermeisters.

Das Beamtentum in der Verwaltung mit dem Menetekel der Unkündbarkeit muss ein Auslaufmodell sein. Die Kommunen zahlen Millionen an missliebige

und gescheiterte politische Beamte, die noch jung sind und auf Kosten der Allgemeinheit einen lebenslangen Resturlaub verbringen.

“Der Beamte dient dem ganzen Volke, nicht einer Partei.”

So steht es im Beamtengesetz (§52 Abs.1). In Wirklichkeit ist unbestritten, dass ein Parteibuch die Karriere im Staatsdienst fördert. Die Parteien durchdringen die Verwaltung und die Verwaltung durchdringt die Parteien und die Parlamente. Es entsteht eine korrupte Symbiose die typisch ist für ein neo-feudalistisches System.

Die *Bürgerinitiative Zukunft* (*B.I.Z.*) setzt sich dafür ein, dass politische Beamte ein Auslaufmodell werden.

Bürgerbegehren werden von den Verwaltungsbeamten aus formal-iuristischen Gründen abgelehnt und nicht Ernst genommen, Bürgerinitiativen werden abgeblockt, Bürgeranfragen abgewimmelt, Bürgerproteste verniedlicht. Hier muss ein Paradigmenwechsel erfolgen:

Bürger an die Macht und Wir sind das Volk muss heißen:

Beteiligung der Bürger an allen kommunalen Entscheidungen.

Die Verwaltung ist für den Bürger da, nicht der Bürger für die Verwaltung.

Heißt Bürgerwerkstatt= Mitspracherecht in allen Ausschüssen

Heißt Öffentlichkeit aller Sitzungen= keine geheimen Sitzungen mehr:

Dies ist der beste Schutz vor Klüngel und Korruption.

Für unsere kommunale Arbeit ergeben sich aus der Verpflichtung zum Grundgesetz folgende Forderungen:

Alle Sitzungen des Gemeinderats und der Ausschüsse sowie der Aufsichtsräte der stadteigenen Betriebe werden öffentlich.

Die Fachausschüsse und Ortsausschüsse werden zu Bürgerwerkstätten.

Beide Maßnahmen dienen der Abwehr von Klüngel und Korruption.

Alle Ausschüsse werden öffentlich und jeder Bürger bekommt Rederecht, welches sich aus organisatorischen Gründen auf mindestens 2 Minuten beschränken lässt.

Auf dem Salzhof finden einmal im Jahr eine Volksversammlung statt an der möglichst viele Bürger direkt zu wichtigen Entscheidungen die die Kommune betreffen gefragt werden. (Schweizer Vorbild direkter Demokratie)

Bürgerbegehren werden vereinfacht, jedes Bürgerbegehren führt automatisch zum Bürgerentscheid. Mehrere Bürgerentscheide können zusammengelegt werden oder am Tag der Volksversammlung entschieden werden.

(alle Bürgerbegehren in Bad Salzuflen wurden bisher von der politischen Kaste abgeblockt oder für formal unrichtig erklärt, umgekehrt wurde das Instrument des Bürgerbegehrens von der SPD politisch missbraucht, um eine missliebige Entscheidung zu korrigieren)

Schuldenstop- keine neuen Schulden.

Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit sind im Grundgesetz und in der

kommunalen Gesetzgebung, auch die Neuverschuldung ist begrenzt. Leider werden diese Vorgaben sträflich missachtet. Auch Bad Salzuflen ist pleite. Die Insolvenz wird regelmäßig verschleppt. Dabei wird wertvolles kommunales Eigentum ver-schleudert, so zum Beispiel die 260 Sozialwohnungen und die alte Bücherei, wobei anderswo teure Räume zugemietet werden mussten. Durch eine zu hohe Bewertung des städtischen Eigentums bei der Bilanzierung wurden neue Schulden ermöglicht. Die Machenschaften sind unseriös und führen zu immer höheren Schulden und Zinsbelastungen.

(zur Zeit 130 Mio Schulden und 7 Mio Zins per anno)

Die Bürgerinitiative Zukunft (B.I.Z.) fordert:

Keine neuen Schulden zu Lasten unserer Enkel.

Die ehrenamtlichen? Stadträte selbst müssen Vorbild sein.

Bürgerinitiative Zukunft (B.I.Z.) fordert deshalb : weniger Stadträte und weniger Geld für Stadträte.!!

Die Verdienstausschlag für Stadträte ist von 40,- Euro pro Stunde auf 25,- Euro pro Stunde zu reduzieren.

Freier Eintritt für freie Bürger!

Die Salzufler Bürger subventionieren jedes Jahr die seit Jahren defizitäre Staatsbad GmbH mit 4 bis 6 Millionen. Indirekt werden auch der hortus vitalis und des vitasol mit niedriger Pacht und Investitionsbeihilfen unterstützt. Deshalb ist es nicht hinnehmbar, dass Salzufler Bürger im Kurpark und im Irrgarten Eintritt bezahlen müssen.

Ebenso müssen Salzufler Bürger mindestens 50% Ermäßigung im Vitasol erhalten.

Sicherheit der Bürger

Täglich lesen wir in der Zeitung über Raub, Wohnungseinbrüche und Autodiebstahl . Die Angst geht um. Das Thema ist tabuisiert weil es automatisch zu einem zweiten tabuisierten Thema führt : der Ausländerkriminalität. Das Verbot ,Statistiken über den Anteil der Ausländer an Straftaten zu führen muss fallen. Keine Sonderbehandlung für Migranten.

Gleichbehandlung für Juden, Moslems , Migranten und Minderheiten muss natürlich auch heißen Gleichbehandlung für Deutsche und Christen, Einheimische und Mehrheiten.

Mobilität der Bürger

Zur Grundversorgung gehört auch die Mobilität. Mobilität ist ein Grundrecht, das seinen Ursprung in der allgemeinen Handlungsfreiheit hat und auch die Reisefreiheit beinhaltet.

Mobilität bedeutet Bewegungsfreiheit. Unsere Aufgabe muss sein, diese Bewegungsfreiheit zu garantieren und zugleich die Verkehrsbelastungen zu minimieren.

Unser besonderes Anliegen ist der Schutz der Bürger vor Lärm und Abgasen. Jeder Bürgerbegehren, jeder Bürgerantrag ist ernst zu nehmen und alles zu tun um das Begehren umzusetzen, sofern er nicht Rechte anderer Bürger verletzt, denn der Bürger und damit auch jeder einzelne ist der Souverän.

Der Busverkehr muss noch flexibler auf die Wünsche der Kunden eingehen. Unser Stadtrat Friedrich Biermann hat als einziger gegen die Kürzungen und Linienstilllegungen im Busverkehr gestimmt!!
Etat Kürzungen dürfen nicht im Bereich der Grundversorgung erfolgen, sondern nur bei den freiwilligen Leistungen des Luxus und des Überflusses .
Die Bürgerinitiative Zukunft (B.I.Z.) fordert ein vernetztes nachhaltiges Verkehrssystem, freie Verkehrsmittel und den konsequenten Ausbau der Fahrradwege.

Die Bürgerinitiative Zukunft (B.I.Z.) hat ein eigenes Verkehrskonzept für den ruhenden Verkehr.
Die Bürgerinitiative Zukunft (B.I.Z.) fordert zurück zum alten Parkraum Management: Zwei Stunden kostenfrei in den Parkhäusern, Abbau unnötiger Parkuhren, Tagsüber freies Parken in den Anliegerparkzonen, Reduzierung der Parküberwachung und Stop der Abzocke mit Strafzetteln.

Die Bürgerinitiative Zukunft (B.I.Z.) mit eigenem Energiekonzept!!
Erst kürzlich beteiligten sich die Stadtwerke mit den Stimmen aller Parteien aber gegen die Mahnungen und die Stimme von Biermann.
an einem Kohlekraftwerk in Herne. Die Co 2 schleuder, mit Kohle aus Kolumbien beheizt wurde als der letzter Schrei und ein absolute Gewinn verkauft. Heute schon als gescheitert sprich nicht rentabel. Jetzt sollen Holzschnitzel als neues Betätigungsfeld erhalten und man will sich an Windkraftwerken in der Nordsee beteiligen.
Der Atomstrom wird als schmutzig betrachtet dabei ist er der sauberste. Natürlich müssen wir alles tun den Anteil der erneuerbaren Energien zu erhöhen aber es wird nicht gelingen bei den Ansprüchen die jeder an ein wohlständiges und bequemes Leben hat.

Atomenergie darf kein Tabu sein.
Die Bürgerinitiative Zukunft e.V. hat ein ganz eigenes Energiekonzept für Bad Salzuflen (im Internet ausführlich unter.....)

Das Energiekonzept der Bürgerinitiative Zukunft (B.I.Z.) basiert weder auf Kohle, noch auf Holzschnitzel noch auf Windkrafträdern sondern auf

- 1.Erdgas und**
- 2.Erdwärme .**

Ziel ist es langjährig günstige Energie zu sichern und neue Energiequellen erschließen.

1.Die Verdichterstation in Lockhausen ist bekanntlich Teil einer Pipeline die von Sibirien nach Westeuropa direkt über unseren Gemeindegrund führt. Die Beziehung zu Wingas/Gazprom/Russland ist damit vorgegeben. Es erscheint sinnvoll diese Beziehung zu stärken und sich an Erdgasfeldern in Russland zu beteiligen wie umgekehrt die Beteiligung von Gazprom an unseren Stadtwerken zuzulassen. Einen Verkauf darf man angesichts der bedrohlichen Finanzlage unseres Haushaltes nicht ausschließen.

Bei der Überschuldung unsrer Stadt derzeit ca.120.Millionen bietet sich der Verkauf der Stadtwerke als einzige wirtschaftliche Lösung an. Die Vorteile überwiegen die Vorbehalte gegenüber einer "Privatisierung".

Die Stadtwerke sind auch jetzt schon eine private Gesellschaft öffentlichen Rechts und als solche der Bürgerkontrolle weitgehend enthoben.

Langfristige Lieferverträge mit russischen Partnern sichern auf Dauer niedrige Preise.

Die Stadtwerke haben in der Vergangenheit jedes Jahr 4 Millionen Gewinn gemacht. Statt in Zukunftsinvestitionen hat man mit dem Geld die Verluste des marode Staatsbades ausgeglichen und andere Löcher im Haushalt gestopft und krimineller Weise keine Rücklagen gebildet.

Die Bürgerinitiative Zukunft (B.I.Z.) setzt auf Erdwärme.

Mit einem Teil des Überschusses der Stadtwerke und neuester Bohrtechnologie erschließen wir die Tiefen unserer Erde.

Die warmen Solequellen (21 Grad Celsius) sind Zeichen einer privilegierten geophysikalischen Lage und ein Geschenk der Natur. Sie können als Erdwärme genutzt werden. Unsere Energie- Zukunft liegt unter der Erde.

Die Bürgerinitiative Zukunft e.V. will mit den Anbietern modernster Technologie in Tiefbohrungen und Erdwärmeenergie investieren. Früher bezeichnete man die Solevorkommen unter unserer Erde als weißes Gold, Bad Salzuflen verdankt ihm Entstehung und Wohlstand. Heute muss man sagen: Weißes Gold ist heißes Gold !!

Bildung

Die Bürgerinitiative Zukunft (B.I.Z.) bekennt sich zum bewährten dreigliedrigem Schulsystem. Jedem seine Schule, statt eine Schule für alle. Jeder soll gemäß seinen Fähigkeiten gefördert werden. Kein Abschluss ohne Anschluss. (link)

Die sieben Basisforderungen von B.i.Z:

Schuldenstop.! Keine neuen Schulden zu Lasten unserer Enkel.

Kampf dem Parteien -Klüngel und der Korruption.

Weniger Stadträte und weniger Geld für Stadträte

Öffentlichkeit aller Sitzungen.

Jede Bürgerinitiative führt zum Bürgerentscheid.

Schutz der Bürger vor Lärm und Abgasen.

Freier Eintritt für freie Bürger in Kurpark und Irrgarten

Schwarzer Klüngel

Roter Filz

Keiner will s.`

B.I.Z.